

Pazifistische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - **(1913)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Pazifistische Rundschau.

Wer glaubte, die Londoner Friedensverhandlungen würden mit einem Siege der Vernunft endigen, sieht sich arg getäuscht. Nicht die ratio, sondern die unvernünftige, unsinnige „ultima ratio“ hat gesiegt. Erst wurden die Verhandlungen „suspendiert“, wie man euphemistisch sagte, dann, nach dem Staatsstreich in Konstantinopel, formell abgebrochen seitens der Verbündeten, der Waffenstillstand gekündet und am Abend des 3. Februar der Krieg wieder eröffnet. Von neuem wird das heiss umstrittene Adrianopel bombardiert, von neuem werden Ströme Blutes vergossen, Tausende und Abertausende niedergemetzelt oder zu Krüppeln geschossen. Von neuem werden zahllose Frauen und Kinder ihrer Gatten und Väter und Brüder, ihrer Beschützer und Ernährer beraubt und so namenloses Elend über ungezählte Familien, grosse Volks-teile, ja ganze Völker gebracht. Und warum das alles? Weil man auf der einen Seite glaubt, das Prestige, dieser kautschukartige Begriff, von dem eigentlich niemand recht weiss, worin es besteht, verlange es, dass noch ganze Hekatomben Soldaten auf den Schlachtfeldern dem Götzen „nationale Ehre“ geopfert werden, bevor man der Vernunft nachgeben dürfe. Und weil man auf der andern Seite, bei den Balkanstaaten, sich der „grossen optischen Täuschung“ hingibt, Eroberungen, politische und militärische Macht seien Grundlage und Sicherung von Wohlstand, Gedeihen und Wohlbefinden einer Nation.

Prophezeien ist eine undankbare Sache. Aber das kann man heute schon sagen, wenn auch der Balkanbund militärisch siegen wird, so wird er trotz der territorialen und militärischen Machtvergrösserung an Gut und Blut ärmer sein als vorher und nichts gewonnen haben als vermehrte politische Sorgen, grössere Schulden und Verwaltungskosten und wohl auch eine Steigerung der internationalen Verwicklungen. So ist es den siegreichen Engländern nach dem Burenkrieg, so den Japanern und neuerdings den Italienern ergangen. Das ist es ja eben, was uns Normann Angell so trefflich bewies, dass infolge der gegenseitigen Abhängigkeit der Völker heute ein Krieg nicht nur nutzlos ist, sondern dass die Sieger letzten Endes die eigentlich Besiegten sind.

* * *

Schon jetzt erklären ja die Balkanstaaten, der finanzielle Ruin sei über sie hereingebrochen. Zwar wollen sie dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, die Schuld daran in die Schuhe schieben, weil er angeblich die Friedensverhandlungen absichtlich verschleppt habe. Sei dem, wie ihm wolle. Die Tatsache des Eingeständnisses des finanziellen Bankrottes der voraussichtlichen Sieger auf dem Balkan genügt. Dadurch wird glänzend bestätigt, was ich oben behauptete.

Von Interesse mag hier vielleicht der vom englischen „Economist“ unternommene Versuch sein, die effektiven Kriegskosten der fünf in den gegenwärtigen Krieg verwickelten Staaten nachzurechnen. Die Zeitschrift geht von der Voraussetzung aus, dass von Anbeginn des Krieges an mehr als eine Million Menschen ihren gewohnten Beruf verlassen mussten. Nimmt man die durchschnittliche Arbeitsleistung mit 10 sh pro Woche an, so macht das einen Wochenverlust von £ 250,000. Diese Menschen müssen aber auf Kosten des Staates unterhalten werden. Unter Berücksichtigung von Kleidung, Nahrung, Munition und der durch den Krieg zerstörten Werte kommt

man auf einen Kapitalverlust von 25 Millionen Franken pro Woche. Der getötete oder durch Krankheit vernichtete Soldat kostet allerdings nichts mehr, aber er bedeutet für sein Land einen Kapitalverlust von ungefähr £ 250, was dem zehnfachen Betrag eines Jahresalärs von £ 25 gleichkommt. Die Zahl der im Felde stehenden Truppen der kriegführenden Staaten beträgt: Bulgarien 300,000 Mann, Serbien 200,000 Mann, Montenegro 40,000 Mann, Griechenland 60,000 Mann, Türkei 500,000 Mann. Die Kriegskosten belaufen sich somit pro Monat, nicht eingerechnet den Verlust an Menschenleben, für Bulgarien auf £ 4,500,000, für Serbien auf £ 3 Mill., für Montenegro auf £ 600,000, für die Türkei auf £ 7,500,000 oder total auf £ 16,5 Mill. Das macht in zwei Monaten £ 33 Mill. oder 825 Millionen Franken. Würden diese Nationen ihre Verluste zu den bisherigen Schulden hinzuzählen, so würde sich für Bulgarien die Schuldenlast um 37 Prozent, für Serbien um 22 Prozent, für Montenegro um 480 Prozent, für Griechenland um 6,6 Prozent und für die Türkei um 12,6 Prozent erhöhen. In diesen Ziffern sind die bedeutenden Ausgaben, welche Griechenland und die Türkei für die Flotten aufwendet, nicht inbegriffen, ebensowenig wie die Verluste, die den kriegführenden Staaten durch die Stockung des Handels und Verkehrs entstehen. Und gar nicht berechnet ist, weil sich dies ja auch nicht in Zahlen ausdrücken lässt, was ein solcher Krieg an physischen Qualen und Seelenschmerzen kostet.“ So der „Economist“. Aus dieser Berechnung geht hervor, dass sich die Schuldenlast der Balkanstaaten gegenüber der der Türkei ungeheuer vermehren wird, mag der Krieg für sie siegreich enden oder nicht. Ja noch mehr. Im Falle des Sieges werden sie zu den eigenen Opfern mannigfaltigster Art¹⁾ noch die Verwaltungskosten für die eroberten Gebiete, die Kosten der Wiederherstellung der durch sie selbst vernichteten wirtschaftlichen und kulturellen Werte und überdies einen erklecklichen Teil der ottomanischen Staatsschuld auf sich nehmen müssen. An eine Kriegsentschädigung seitens der Pforte ist nicht zu denken. Wie es die internationale Finanzwelt nicht zulies, dass Japan von Russland eine Kriegsentschädigung erhielt, so wird dies noch viel weniger hier der Fall sein, denn bekanntlich steht das türkische Finanzwesen unter internationaler Verwaltung. Darum, um es nochmals zu betonen, aus dem Balkankriege werden als Unterlegene und Meistgeschädigte letzten Endes die Sieger hervorgehen. Das ist wenigstens meine Auffassung.

* * *

Welche Wirkung der Krieg „hinten weit in der Türkei“ auf das übrige Europa ausübt, das lesen wir ja täglich in den Zeitungen. Sogar unsere kleine Schweiz wird hart mitgenommen, obschon sie ganz „unbeteiligt“ ist. Das macht sich nicht nur an unsern Börsen bemerkbar, auch sonstwie. Nur ein Beispiel sei angeführt: die aargauische Strohindustrie soll infolge des Einflusses der kriegerischen Aktionen auf dem Balkan geradezu lahmgelegt sein. Im Freiamt herrsche grosser Arbeitsmangel, und besonders um die Hausindustrie sei es trostlos bestellt. Aber in anderen Industrien haben wir den gleichen unheilvollen Einfluss zu verzeichnen. Wie sehr Oesterreich-Ungarn unter dem Balkankrieg und den ungeheuren Rüstungen leidet, kann heute noch nicht

¹⁾ Einer Zeitungsmeldung zufolge soll Bulgarien sozusagen seine gesamte Intelligenz verloren haben (in einer einzigen Schlacht über 800 Akademiker) und ausserstande sein, die Aemter der Staatsverwaltung etc. richtig besetzen zu können.

festgestellt werden. Wie verheerend jedoch diese Rückwirkungen sein müssen, davon kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn man vernimmt, dass z. B. am 8. Januar vom Wiener Kreditverein „nur“ 66 Insolvenzen gemeldet werden, oder von den Hiobsposten aus dem böhmischen Erzgebirge hört. Darnach droht dort Hungersnot. Die industriellen Betriebe mussten eingeschränkt, bis zwei Drittel der Arbeiter entlassen werden; die Heimarbeiter sind ganz ohne Verdienst. Die Not ist bereits so gross, dass es den meisten Familien an dem nötigen Brenn- und Heizmaterial fehlt und seit Wochen in vielen Häusern nur noch des Mittags und Abends Kartoffeln und Salz auf den Tisch kommen können. Durch viele Eingaben und durch die Reichsratsabgeordneten wurde die österreichische Regierung auf die traurigen Verhältnisse im Gebirge aufmerksam gemacht, aber bis jetzt erfolglos. Wie lange geht es wohl noch, bis die Regierungen der Donaumonarchien endlich, statt immer mit dem Feuer zu spielen, den auf ihrem Volk lastenden Druck der steten Kriegsrüstungen heben?!

* * *

Indes, wenn nicht alles täuscht, so dürften wir demnächst eine österreichisch-russische Entspannung erleben, wodurch der auf Europa liegende Alp zum guten Teil beseitigt würde. Das wenigstens glaubt man aus der feierlichen Ueberreichung eines Handschreibens Kaiser Franz Josefs an den Zar schliessen zu dürfen. Die Petersburger diplomatischen Kreise seien der Ansicht, dieser Schritt sei eines der bedeutendsten Ereignisse der letzten Zeit, heisst es, und die österreichische Presse versucht es wieder mit Friedenstönen, nachdem sie mit ihren Kriegshetzereien nichts erreicht hat. Wir wollen gerne hoffen, der als „Friedenskaiser“ so gefeierte greise Monarch habe auch diesmal die Oberhand über die einflussreiche Kriegspartei gewonnen und so dem gesunden Menschenverstande zu seinem Ruhme und seines Volkes Wohl zum Siege verholfen. Inwieweit diese Hoffnung gerechtfertigt ist, wird uns die nächste Zukunft lehren. Heute heisst es eben noch: Abwarten!

* * *

Kaiser Wilhelm, der nach seinem eigenen Ausspruch seinen Stolz darin setzte, ein Friedensfürst und Schützer des Friedens zu sein, hat dieser Tage wiederum in Königsberg eine Rede gehalten, die allerdings auf einen etwas anderen Ton gestimmt war als die berühmte Königsberger Rede von der „lückenlosen Rüstung“. Er erinnerte an die Ereignisse vor 100 Jahren und die seitherige glückliche Aenderung des Zeitbildes und betonte, dass nicht kriegerische Lorbeeren, nicht Wohlstand, Macht und Ansehen am letzten Ende das Geschick und die Zukunft eines Volkes sicherten, sondern allein die sittliche Kraft, die ihm innewohne.

Dieser Ausspruch ist heute deshalb zu begrüßen, weil eine neue deutsche Militärvorlage im Wurfe liegt, die ausserordentlich kostspielig sein wird und wozu die Summe von 100 Millionen Mark nicht reichen dürfte. Bekanntlich ist 1911 ein neues Quinquennat beschlossen worden, das die Friedenspräsenz um 10,875 Mann erhöhte und über 100 Millionen Mehrausgaben brachte. 1912 fand bereits eine „Revision“ dieses Quinquennats statt, die dem Reiche eine finanzielle Mehrbelastung von 650 Millionen Mark für die folgenden Jahre aufbürdete. Und nun will man

abermals „revidieren“, und zwar so, dass die Forderungen bei weitem übertreffen, was durch die vorigen Gesetze beschlossen wurde. Natürlich muss das Deutsche Reich diese Rüstungen tragen, so unsinnig sie sind; die internationale Lage „erheischt es gebieterisch“. Wir sind ja im gleichen Falle. Nur mit dem Unterschied, dass bei uns dem Bunde schon jetzt das Geld ausgegangen ist. Nicht nur für neue soziale und volkswirtschaftliche Forderungen, sondern sogar für neue Forderungen der Militaristen, wie z. B. die Schaffung einer Fliegertruppe. Ein Glück, dass unser Volk so ungemein patriotisch und gutmütig ist und mit vollen Händen spendet, sei's für die Bekämpfung der Kriegsgreuel (Sammlung für die Opfer des Balkankrieges), sei's für Militärzwecke und damit für die Hervorrufung all der uns gegenwärtig so prächtig vor Augen geführten Kriegsgreuel (Nationalflugspende). Einerlei, man spendet gern, man hat's und vermag's; der greifbare Widersinn der beiden Sammlungen stört ja nicht, denn er wird verdeckt durch das bekannte undurchsichtige patriotische Mäntelchen!

* * *

Im Gegensatz zu dem gegenwärtig grassierenden Rüstungsfieber gibt es glücklicherweise doch noch Anzeichen dafür, dass man allmählich zur Ernüchterung kommt. So erklärte jüngst der Ministerpräsident von Japan, die neue Regierung werde das militärische Programm fallen lassen und das Marineprogramm darauf beschränken, die Stärke der Marine auf dem normalen Stand zu erhalten.

Auch in Kanada, welches bekanntlich an der Schaffung einer englischen Reichsflotte sich beteiligen soll, kämpft man mit Energie gegen das Rüstungsfieber. So fasste kürzlich eine Gruppe westkanadischer Farmer, welche 20,000 Farmer vertraten, eine Resolution gegen die Politik der Regierung in der Frage der Beitragsleistung an die Reichsflotte, da auf diese Weise nur kriegerische Gefühle genährt und der internationale Friede bedroht werde. Ob man anderswo auch so offen gegen die Rüstungsforderungen der Regierungen und Militaristen auftreten dürfte und aufträte?!

Das grosse Ereignis des Tages aber bildet heute die vom deutschen Staatssekretär des Reichsmarineamtes, v. Tirpitz, in der Budgetkommission abgegebene Erklärung, dass Deutschland den von englischer Seite gemachten Vorschlag eines Verhältnisses von „zehn zu sechzehn“ zwischen der deutschen und englischen Schlachtflotte für die nächsten Jahre annehmbar fände. Damit scheint in der Tat die Grundlage zu einer Flottenverständigung und gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen zwischen England und Deutschland gefunden zu sein. Ob bereits ein deutsch-englisches Flottenabkommen besteht, kann heute — 8. Februar — noch nicht gesagt werden. Wenn aber nicht, so lässt die Aeusserung des Staatssekretärs der Marine hoffen, dass es dazu kommen wird. Eines jedenfalls steht fest, worauf hier schon längst hingewiesen wurde, dass zwischen Deutschland und England eine Entspannung eingetreten, ja sogar während der Balkankrise ein Hand-in-handgehen und eine Verständigung erfolgt ist. Und diese Tatsache ist zweifelsohne eines der grössten, wichtigsten politischen Ereignisse unserer Zeit!

K. W. Schulthess.